

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d

## Inhalt

Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB skizziert die Lage im Libanon vor den Präsidentschaftswahlen: Christen sind am Zug.

Seite 1

Florian Gerster MdB analysiert die Bedingungen einer zukunftsweisenden deutsch-französischen Sicherheitskooperation.

Seite 3

### Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinrich Klein hat sich in einem Brief an die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, dafür eingesetzt, Patenschaften für historische Bauwerke in der DDR zu übernehmen. Sein Schreiben im Wortlaut

Seite 4

43. Jahrgang / 156

17. August 1988

### Die Christen mit am Zug

#### Der Libanon vor der Präsidentschaftswahl

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Sprecher der SPD-Fraktion in der „Parlamentarischen Vereinigung Europ-Arabische Zusammenarbeit“

Überraschend kurzfristig hat am Wochenende der libanesischer Parlamentspräsident die Neuwahlen des Staatspräsidenten für den morgigen Donnerstag, 18. August 1988, angesetzt. Damit geht zumindest eine Ungewißheit im Libanon zu Ende, nämlich die Frage, ob sich das Parlamentspräsidium überhaupt auf einen Wahltermin einigen kann. Dennoch bleibt wohl bis zum Schluß ungewiß, ob und wie die Wahlen dann wirklich stattfinden können. Schließlich haben bereits so mächtige Milizen wie die christlich-maronitischen „Forces Libanaises“ angedroht, die Wahlen zu verhindern, wenn nicht schon vorher ein Ergebnis ihrer politischen Vorstellungen feststeht.

Vereinfacht gesehen sieht die Situation im Libanon vor den Präsidentschaftswahlen wie folgt aus:

- Nach dem Nationalpakt von 1943 muß der Präsident immer ein Maronit sein.
- Inzwischen führte die demographische Entwicklung jedoch dazu, daß die christlichen Maroniten nicht mehr wie 1943 die größte Gemeinschaft darstellen. Die islamischen Bevölkerungsteile stellen heute die Mehrheit und wollen dies auch im Parlament und bei den Präsidentschaftswahlen umgesetzt wissen. Somit ist es mehr als fraglich, ob Schiiten, Sunniten und Drusen heute noch einem maronitischen Kandidaten ihr Votum geben.
- Auf der christlichen Seite gibt es keinen von allen Gruppen unterstützten Kandidaten. Im Gespräch sind junge und ganz alte Exponenten der verschiedenen christlichen Clans, die sich gegenseitig blockieren. So ist es zum Beispiel unwahrscheinlich, daß die „Forces Libanaises“ unter der Führung von Geagea und Gemayel einem Präsidenten Frangie zustimmen, der in ihren Augen viel zu eng mit den Syrern liiert ist. Ebenso unwahrscheinlich ist andererseits eine Unterstützung des Frangie-Clans für den Kandidaten Chamoun der „Forces Libanaises“.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner  
in Zusammenarbeit mit  
Rheinische Post



- Viele andere Kandidaten haben keine nennenswerten Milizen hinter sich, kommen also eher nur als schwache Kompromiß-Kandidaten in Betracht, auf die man sich unter Umständen einigen könnte, die aber wohl zu wenig Durchsetzungskraft haben würden, die immensen Probleme des Landes anzupacken.
  
- So bleibt als letzter in dieser verfahrenen Situation der potentielle Kandidat General Michel Aoun, der Kommandant der Armee. Für ihn sprechen folgende Punkte: die Armee ist bis heute so ziemlich die letzte Institution, die noch den Gesamtlibanon repräsentiert, auch wenn ihre Macht angesichts der vielen Milizen nicht mehr allzu groß ist und sie oft einseitig mißbraucht wurde; Aoun ist kein Exponent eines christlichen Clans, könnte also auch für Muslime wählbar sein; Aoun hat auch Kontakte zu Syrien, ohne dessen Wohlwollen im Libanon nichts mehr geht.

Von außen betrachtet spricht daher vieles für einen Präsidenten Aoun. Intern könnte aber auch einiges dazu führen, daß er nicht gewählt wird. Seine Bestrebungen, die Milizen zu entwaffnen und der Armee das Gewaltmonopol zurückzugeben, werden natürlich von allen der vielen „warlords“ im Libanon nicht gerne gesehen.

Man darf also gespannt sein, wie das Parlament morgen entscheiden wird, wenn die Sicherheitslage, die wiederum vom Wohlwollen der Milizen abhängt, eine Zusammenkunft der Parlamentarier überhaupt erlaubt. Im Parlament haben die Christen mit einem Verhältnis von sechs zu fünf die Mehrheit. Für den geschundenen Libanon wird diese Wahl von großer Bedeutung sein. Nur ein starker Präsident wird in der Lage sein, dem zerrissenen Land mit seinen inzwischen katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen den notwendigen Impuls für einen Neuanfang geben zu können. Die Wahl eines schwachen Kompromiß-Präsidenten würde den Status quo mit der unverkennbaren Tendenz eines Auseinanderfallens des Libanon nur verlängern.

(-/17.8.1988/vo-he/st)

\* \* \*

Sicherheitskooperation Deutschland-Frankreich

Militärachse oder Zukunftsmodell?

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Wird die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich der Bundesrepublik eine Renaissance der Doktrin der (nuklearen) Abschreckung bescheren oder wird sie als Zukunftsmodell einen Weg weisen aus Unmündigkeit und Abhängigkeit? Gelingt es den Franzosen, die Deutschen trotz ihrer Entspannungssehnsucht fest auf dem Boden westlicher Realpolitik zu verankern - gelingt es uns die französischen Freunde von der Notwendigkeit einer Vorreiterrolle in der Abrüstungspolitik zu überzeugen? Wird ein echter europäischer Pfeiler das europäisch-amerikanische Verhältnis auf eine von mehr Gleichgewicht bestimmte und damit dauerhafte Grundlage stellen, oder sind die westeuropäischen Staaten außerstande, gemeinsame Interessen zu bestimmen und durchzusetzen?

Die von der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung eingeleiteten Schritte zu einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich sind unzureichend, weil sie

- zum Teil rein demonstrativ-symbolischen Charakter haben,
- fragwürdige Instrumente schaffen - wie die gemeinsame Brigade,
- wichtige Fragen der deutschen Sicherheit und der Entwicklung einer europäischen Friedensordnung unbeantwortet lassen.

Wenn die Sicherheitspartnerschaft mit Frankreich zukunftsweisend sein soll, muß sie den status quo von Bedrohung und Abschreckung überwinden und die Chance einer zweiten Phase der Entspannungspolitik für Europa nutzen. Dazu gehört:

- die Entwicklung eines gemeinsamen Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzepts,
- gemeinsame Vorstellungen zu vertrauensbildenden und wirksamen Verteidigungsstrukturen in Ost und West.

Die deutsch-französische Sicherheitskooperation wird auch nur dann Keimzelle des europäischen Pfeilers im westlichen Bündnis sein können, wenn sie von Anfang an nicht exklusiv, sondern offen ist für die Beteiligung anderer westeuropäischer Partner.

Die größten Dissonanzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bestehen in der Nuklearstrategie. Insbesondere die prästrategischen französischen Systeme mit deutscher Reichweite sind schwerlich mit unseren Sicherheitsinteressen vereinbar. Hier müssen den französischen Ankündigungen eines gemeinsamen Verteidigungsraumes Taten folgen - bis hin zur Abschaffung solcher Systeme. Es hat den Anschein, daß Staatspräsident Mitterrand eine wachsende Sensibilität für bundesdeutsche Interessen entwickelt und eine Korrektur der französischen Nuklearstrategie nicht mehr ausschließt.

Die Rolle der französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik wird in offiziellen französischen Dokumenten immer eindeutiger auf die integrierte Vorverteidigung der Bündnisstreitkräfte bezogen. Eine echte französische Beteiligung an der Vorverteidigung in der Bundesrepublik - auch ohne Änderung des französischen Status in der Allianz - wäre zweifellos ein qualitativer Sprung.

Die Bundesrepublik und Frankreich wollen und können die Präsenz der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent nicht ersetzen oder überflüssig machen. Ein größerer Anteil an der gemeinsamen Verteidigung würde jedoch die Selbstbehauptung Europas fördern und dem gewachsenen wirtschaftlichen Gewicht Rechnung tragen. Wenn diese Entwicklung mit den Bemühungen um Entspannung und Abrüstung, um eine dauerhafte Friedensordnung in Europa verbunden werden kann, wird unsere Sicherheit künftig mit geringerem Aufwand und eindeutig defensiven Verteidigungsstrukturen zu gewährleisten sein.

(-/17.8.1988/vo-he/st)

DOKUMENTATION

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinrich Klein setzte sich in einem Brief an die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms (CDU), dafür ein, Patenschaften für historische Bauwerke in der DDR zu übernehmen. Das Schreiben im Wortlaut:

Verfall historischer Bausubstanz in der DDR

Sehr geehrte Frau Minister,

in den letzten Jahren habe ich einige Male Städte und Dörfer in der DDR besucht. In Ost-Berlin war ich schon häufiger.

Der Eindruck ist ernüchternd: In den Kerngebieten der DDR zerfällt immer mehr historische Bausubstanz, die Wert wäre, erhalten zu werden.

Es bekümmert mich, daß ein Stück gemeinsamer Geschichte, die sich ja auch in Bauwerken ausdrückt, nicht mehr bewahrt werden kann. In der DDR sind es offensichtlich nicht Desinteresse, sondern fehlende finanzielle Mittel, historisch bedeutsame Bauwerke wieder instand zu setzen.

Unabhängig voneinander haben die Frankfurter Rundschau über den Verfall von Görlitz und die Frankfurter Allgemeine Zeitung über den zögerlichen Wiederaufbau von Dresden berichtet.

Dies waren für mich Bestätigungen eigener Beobachtungen.

Mein Vorschlag, sehr geehrte Frau Ministerin: Ließe es sich nicht erreichen, daß im Zuge der Gott sei Dank besser gewordenen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sogenannte „Patenschaften“ für historische Bauwerke von westlicher Seite übernommen werden, die sonst im Laufe der nächsten Jahre völlig dem Verfall anheim stünden?

Meine Anregung mag etwas kühn sein. Sie stößt möglicherweise nicht auf die Gegenliebe der anderen Seite.

Tatsache ist indessen, daß seit vielen Jahren Kirchen in der DDR nur mit Hilfe von Patenschaften westdeutscher Kirchengemeinden, die zum Teil zweckgebundene Bundeszuwendungen erhalten, wieder erneuert werden können. Ihr Haus weiß über diese Praxis gut Bescheid.

Natürlich kann die Bundesrepublik nicht alle erhaltenswerten Bauwerke in der DDR durch finanzielle Zuwendungen sichern. Wir haben genügend eigene Sorgen.

Wenn indessen das Wort von der gemeinsamen Geschichte und der kulturellen Einheit der deutschen Nation nicht leer sein soll, muß in dieser Richtung intensiver nachgedacht werden.

Die Bauwirtschaft der Bundesrepublik klagt unentwegt, daß sie nicht hinreichend ausgelastet ist. Betätigungsfelder ergäben sich in dem von mir beschriebenen Bereich. Die finanziellen Aspekte kann ich und will ich hier nicht ausschmücken.

Als ich vor einiger Zeit diese Überlegungen mit Parteifreunden diskutierte, wurde auf die größer werdende Zahl von Städtepartnerschaften verwiesen. Hier bietet sich sicherlich ein Ansatz. Er reicht indessen nicht aus, um zu einer spürbaren Veränderung der Baupolitik in der DDR, die nicht auf Desinteresse, sondern auf fehlende Mittel zurückzuführen ist, zu kommen.

Ich wäre dankbar, sehr geehrte Frau Minister, wenn Ihr Haus meine Überlegungen einmal sorgfältig „abklopfen“ würde. Vermutlich können auch dritte Stellen vermittelnd tätig sein. Vermeiden sollte man in jedem Falle, daß der reiche Oklen Bundesrepublik damit prahlt, arme Verwandten in der DDR unterstützen zu wollen. Dies würde vermutlich nur zu Absagen führen.

Ich grüße Sie freundlich  
gez. Ihr Heinrich Klein

(-/17.8.1988/v0-he/st)